Klienten-Info

Ausgabe 3/2013

Inhalt:

1. STEUERLICHE ERLEICHTERUNGEN FÜR VEREINE	1
2. GESELLSCHAFTSRECHTS-ÄNDERUNGSGESETZ 2013	1
3. WICHTIGE ÄNDERUNGEN IN DER GEWERBEORDNUNG	2
4. UMSTELLUNG AUF SEPA – DIE NEUE ZAHLUNGSART AB 1.2.2014	2
5. SPLITTER	3
6. TERMINE	3

1. Steuerliche Erleichterungen für Vereine

Im Rahmen der laufenden Richtlinienwartung 2013 sind folgende Punkte aus den Vereinsrichtlinien hervorzuheben:

- Die rückwirkend **mit 1.1.2013** von € 7.300 auf **€ 10.000** angehobene Grenze für die Körperschaftsteuerpflicht für steuerpflichtige, erlaubte Tätigkeiten von gemeinnützigen Vereinen wurde eingearbeitet. Weiters können künftig bei allen Vereinsveranstaltungen pauschal **20 % des Umsatzes als Betriebsausgaben** für Eigenleistungen abgezogen werden.
- Die Abgrenzung zwischen **großem Vereinsfest** (begünstigungsschädlicher Geschäftsbetrieb) und **kleinem Vereinsfest** als entbehrlicher Hilfsbetrieb wurde präzisiert. Ein kleines Vereinsfest liegt vor, wenn das Fest ausschließlich von den Vereinsmitgliedern getragen wird, dh dass Organisation und Planung ausschließlich von Vereinsmitgliedern oder deren nahen Angehörigen durchgeführt werden. Auf die Anzahl der Vereinsfestbesucher ist nicht mehr abzustellen. Als kleines Vereinsfest gelten solche Veranstaltungen (zB Faschingsball oder Sommerfest) so lange, bis sie im Kalenderjahr insgesamt einen Zeitraum von 48 Stunden nicht übersteigen.

2. Gesellschaftsrechts-Änderungsgesetz 2013

Am 12.6.2013 wurde das Gesellschaftsrechts-Änderungsgesetz (GesRÄG) 2013 im Nationalrat beschlossen. Die Änderungen sind zum Großteil mit 1.7.2013 in Kraft getreten.

Erweiterte Verpflichtungen für Geschäftsführer

Nach alter Rechtslage mussten Geschäftsführer eine Generalversammlung bei Verlust der Hälfte des Stammkapitals einberufen. Seit 1.7.2013 besteht zusätzlich eine **Einberufungspflicht**, wenn in der GmbH die **Eigenmittelquote weniger als 8 %** und die **fiktive Schuldentilgungsdauer mehr als 15 Jahre** beträgt. Die erläuternden Bemerkungen in der Regierungsvorlage halten dazu ausdrücklich fest, dass sich diese Verpflichtungen zur Einberufung durchaus **auch unterjährig** (und nicht nur nach Vorliegen des Jahresabschlusses) ergeben können. Klarstellend wird noch angeführt, dass auch bei längerfristigem Unter- bzw Überschreiten der oben erwähnten URG-Kennzahlen jedoch nur eine einmalige Einberufung notwendig ist. Ganz besonders zu beachten ist, dass der Gesetzgeber verlangt, dass die von der Generalversammlung gefassten **Beschlüsse dem Firmenbuchgericht mitzuteilen** sind.

Unterlässt der Geschäftsführer die Einberufung der Generalversammlung, macht er sich einer Pflichtverletzung gegenüber der Gesellschaft schuldig. Erfolgt keine Mitteilung an das Handelsgericht, könnte dies bei einer späteren Insolvenz zu Haftungsansprüchen der Gläubiger gegenüber dem Geschäftsführer führen.

3. Wichtige Änderungen in der Gewerbeordnung

Mit der letzten Novelle zur Gewerbeordnung wurden einige für die Praxis durchaus bedeutsame Änderungen vorgenommen:

- Aus Anlass einer **Betriebsübernahme** kann der Übernehmer beantragen, dass ihm eine **Zusammenstellung der die Genehmigung der Betriebsanlage betreffenden Bescheide** übermittelt wird. Der Antrag ist innerhalb von sechs Wochen nach Betriebsübernahme zu stellen. Innerhalb von sechs Wochen nach Übermittlung der Zusammenstellung kann der Übernehmer beantragen, dass vorgeschriebene Auflagen aufzuheben oder abzuändern sind, wenn die Auflagen für die wahrzunehmenden Interessen nicht (mehr) erforderlich sind oder auch mit den Inhaber weniger belastenden Auflagen das Auslangen gefunden werden kann. Ferner kann er den Antrag stellen, dass bestimmte vorgeschriebene Auflagen erst nach Ablauf einer angemessenen, höchstens drei Jahre betragenden Frist eingehalten werden müssen, wenn dem Übernehmer zB wegen der mit der Übernahme verbundenen Kosten die Einhaltung dieser Auflagen erst innerhalb dieser Frist wirtschaftlich zumutbar ist.

4. Umstellung auf SEPA – die neue Zahlungsart ab 1.2.2014

Im Februar 2014 ist es endgültig soweit. Sind Sie SEPA-fit? **SEPA** steht für Single Euro Payment Area. Ab dann werden nämlich **Lastschriftzüge und Zahlungen nur mehr** über den einheitlichen europäischen Zahlungsverkehr abgewickelt. Durch rechtzeitige Vorbereitung der Umstellung auf das neue Zahlungsverkehrssystem können Sie bereits jetzt testen, ob Sie alle Lieferanten, Kunden, Kontaktdaten von Geschäftspartnern, Mitarbeiterkonten und last but not least das Finanzamtskonto erfolgreich umgestellt haben. Das bedeutet, dass insbesondere Mitarbeiter der Finanzbuchhaltung, Personalverrechnung und Auftragsabwicklung / Fakturierung, die die Systemdaten für den Zahlungsverkehr verwalten, die verbliebenen 4 Monate dafür nutzen sollten. Künftig sind **IBAN und BIC** anzugeben, und zwar nicht nur auf den neuen Zahlscheinen, sondern eventuell auch auf den Rechnungen, dem Geschäftspapier, der Homepage etc (sofern dort die Bankverbindungen aufscheinen). Jedes Unternehmen (vom Telefonanbieter bis zur Hausverwaltung), das mit seinen Kunden via Lastschriftzug verrechnet, braucht auch noch eine von der OENB zugeteilte Creditor-Identification (**CID**), welche über die Bank angefordert werden kann.

Seit 28.6.2013 haben die Finanzämter neue Bankverbindungen, die auf allen automatisiert versendeten Schriftstücken abgedruckt sind. Sie finden diese auch auf der Homepage des Finanzministeriums aktualisiert <https://service.bmf.gv.at/service/anwend/behorden/>. Laut BMF können Zahlungen an die jeweiligen Finanzämter bis auf weiteres aber auch unter Angabe der bisherigen BIC und IBAN geleistet werden.

Hier eine Übersicht für die Wiener Finanzämter:

Finanzamt		Bankverbindung	IBAN	BIC
Finanzamt Wien 3/6/7/11/15 Schwechat Gerasdorf	FA 03	BAWAG P.S.K.	AT87 0100 0000 0550 4037	BUNDATWW
Finanzamt Wien 4/5/10	FA 04	BAWAG P.S.K.	AT92 0100 0000 0550 4044	BUNDATWW
Finanzamt Wien 8/16/17	FA 06	BAWAG P.S.K.	AT26 0100 0000 0550 4068	BUNDATWW
Finanzamt Wien 9/18/19 Klosterneburg	FA 07	BAWAG P.S.K.	AT31 0100 0000 0550 4075	BUNDATWW
Finanzamt Wien 12/13/14 Purkersdorf	FA 08	BAWAG P.S.K.	AT36 0100 0000 0550 4082	BUNDATWW
Finanzamt Wien 1/23	FA 09	BAWAG P.S.K.	AT62 0100 0000 0550 4099	BUNDATWW
Finanzamt für Gebühren, Verkehrssteuern und Glücksspiel	FA 10	BAWAG P.S.K.	AT83 0100 0000 0550 4109	BUNDATWW
Finanzamt Wien 2/20/21/22	FA 12	BAWAG P.S.K.	AT93 0100 0000 0550 4123	BUNDATWW

5. Splitter

- **Weiterhin keine Auflösungsabgabe für Bauarbeiter zu entrichten**

Seit 1.1.2013 muss der Dienstgeber bei Auflösung eines Dienstverhältnisses eine Auflösungsabgabe von € 113 (Wert für 2013) an die Gebietskrankenkasse bezahlen. Für Arbeitsverhältnisse, die dem BUAG unterliegen, sollte die Regelung erst mit 1.7.2013 in Kraft treten. Im Zuge eines im Juli im Nationalrat beschlossenen Gesamtpakets zum neuen „Überbrückungsgeld für Bauarbeiter“ wurde die Befreiung unbeschränkt verlängert.

6. Termine

30.9.2013:

- Die Möglichkeit der Erstattung von **Vorsteuern 2012** in **EU-Mitgliedsländern** via FinanzOnline **endet am 30.9.2013**
- **Herabsetzung der laufenden Steuervorauszahlungen 2013:** Ein Herabsetzungsantrag für die laufenden Vorauszahlungen an Einkommen- und Körperschaftsteuer 2013 kann letztmalig bis 30.9.2013 gestellt werden. Vom Hochwasser betroffene Personen/Gesellschaften haben bis 31.10.2013 Zeit dafür. Dem Antrag sollte vorsorglich auch eine Prognoserechnung für 2013 angeschlossen werden. Danach besteht nur mehr die Möglichkeit, die am 15.11.2013 fällige Vorauszahlung durch Stundungs- oder Ratenansuchen hinauszuschieben. Übrigens: für die Beiträge der Sozialversicherung der gewerblichen Wirtschaft besteht ebenfalls die Möglichkeit der Herabsetzung.